

Protokollauszug

aus der
39. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 07.06.2023

öffentlich

**Top 9.12 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek
22/SVV/1265
geändert beschlossen**

Der **Jugendhilfeausschuss** sowie der **Ausschuss für Bildung und Sport** empfehlen, dem An-
trag **zuzustimmen**.

Der **Ausschuss für Finanzen** empfiehlt, dem Antrag mit folgender Streichung und Ergänzung
zuzustimmen:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~ab dem Jahr 2024~~ zusätzliche Sonntagsöffnungszeiten
der Stadt- und Landesbibliothek nach dem in der Mitteilungsvorlage 22/SVV/1066 vorgeschlage-
nen Modell „Sonntagsöffnung mit einer Veranstaltungsagentur und mit Wachschatz“ zu organi-
sieren.*

Die Realisierung ist für 2025 vorzubereiten.

Dabei ist zu prüfen, ob Mittel aus HBPB als Deckung bereitgestellt werden können.

*Die erforderlichen Mittel in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr sind zusätzlich in den Haushalt des
Geschäftsbereiches 2 einzustellen.*

*Die Stadtverordnetenversammlung soll ~~im Mai 2023~~ mit der Vorlage des Doppelhaushaltes
2025/2026 über den Sachstand informiert werden.*

Nach kontroverser Diskussion

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Bartelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt den Schluss der Debatte.

Nachdem alle Fraktionen die Gelegenheit hatten, sich zum Beratungsgegenstand zu äußern:

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Abstimmung:

Die vom Ausschuss für Finanzen empfohlenen Änderungen/Ergänzungen werden

mit 26 Ja-Stimmen angenommen,

bei 22 Nein-Stimmen.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zusätzliche Sonntagsöffnungszeiten der Stadt- und Landesbibliothek nach dem in der Mitteilungsvorlage 22/SVV/1066 vorgeschlagenen Modell „Sonntagsöffnung mit einer Veranstaltungsagentur und mit Wachschatz“ zu organisieren.

Die Realisierung ist für 2025 vorzubereiten.

Dabei ist zu prüfen, ob Mittel aus HBPG als Deckung bereitgestellt werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung soll mit der Vorlage des Doppelhaushaltes 2025/2026 über den Sachstand informiert werden.